

transformativ
langfristig
enkelgerecht
systemisch
zukunftsfähig
gemeinwohlorientiert
friedensfördernd

transdisziplinär

EU NRW bei der Konferenz zur Zukunft Europas – Auftaktgespräch:
Zukunft Europas. Auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen EU (?)
30. Juni 2021, 18:00 – 20:00 Uhr

Mit:
Gaby Bischoff – MdEP und Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland
Karl-Heinz Lambertz – Ehem. Vorsitzender im Ausschuss der Regionen
Minna Ålander – Forschungsgruppe EU/Europa der SWP
Leonie Martin – Präsidentin der JEF Europe
Moderation: Teresa Stiens - Journalistin

Zukunft braucht Europa

JUNGE EUROPÄISCHE FEDERALISTEN NORDRHEIN-WESTFALEN

EuropaUnion Nordrhein-Westfalen

(Bildquellen: Europa-Union, Referent /innen)

(Berichterstatter: Joachim Gasielki)

Da es weiterhin sinnvoll ist, über den „eigenen Tellerrand“ hinauszuschauen, setzen wir unsere Information über ausgewählte Online-Meetings zu Europa in anderen Bundesländern fort. Das hier vorzustellende Meeting war für unser Bundesland informativ und anregend. Die stellv. Landesvorsitzende der EUD in NRW, Margarete Tetzlaff, eröffnete den Gedankenaustausch mit der Feststellung, dass sich die EU in einer tiefen Krise befindet, in der bis jetzt keine Reformschritt möglich waren. Die EU soll und muss aber wieder reformfähig werden. Wie kann man das erreichen?

Das erste Statement kam von Karl-Heinz Lambertz, MdEP, Mitglied im Ausschuss der Regionen. Er ging davon aus, dass es sich bei der Zukunftskonferenz um einen lobenswerten Versuch handelt, die weitere Entwicklung zu thematisieren, um dann zu Schlussfolgerungen zu kommen, die helfen können, die gegenwärtige Situation zu überwinden. Das Ganze sei ein aufwendiges Experiment, geradezu ein Abenteuer.

Als zweite Rednerin äußerte sich Minna Ålander, Mitglied der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, die über Befragungen des Regierungsverhalten in 18 EU-Staaten berichtete. Dabei zeigte sich, dass für Vertragsänderungen kein besonderes Interesse besteht, höchstens für die Schaffung einer qualifizierten Mehrheit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Spitzen-kandidaten bei Europawahlen fanden wenig Unterstützung. Aus der nationalen Sicht wurde die Verstärkung der Rolle

der Mitgliedsstaaten favorisiert. Offen blieb der Umgang mit den zu erwartenden Vorschlägen aus dem Bürgerdialog.

Die nächste Sprecherin war Gaby Bischoff, MdEP und Vizevorsitzende der EUD. Für sie war das Eröffnungsplenum der Zukunftskonferenz am 19. Juni 2021 eher eine Enttäuschung. Die Zusammensetzung spiegelte zu wenig die Gesellschaftsstruktur wieder. Ein kleinere Gruppe des Plenums sah Reformschritte nicht als bedeutsam an, eine größere Gruppe wünschte Veränderungen und trat besonders dafür ein, die Vorschläge der Bürger auch wirklich ernst zu nehmen. Die Rednerin betonte, dass die weitere Diskussion eine stärkere Dynamik „von unten“ brauche. Europa muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden, auch wenn der große föderalistische Schritt noch nicht kommen werde. So gab es bei ihr Hoffnung und Skepsis zugleich.

Die vierte Rednerin war Leonie Martin, Präsidentin der JEF Europe. Sie betonte, dass die Zukunftskonferenz durchaus eine Chance für Veränderungen bietet, aber ohne eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung man nur schwer vorankomme. Sie trat für eine breite Einbeziehung der jungen Generation ein.

Im weiteren Gespräch wurde herausgearbeitet, dass man den Mechanismus überarbeiten muss, wie die Diskussionsergebnisse zu sinnvollen Vorschlägen zusammengefasst werden. Je besser das gelingt und je breiter die Unterstützung von unten ist, umso schwerer wird es für den Europäischen Rat werden, über einzelne Ergebnisse zu schnell hinwegzugehen. Ein Jahr Zukunftskonferenz wurde allgemein als sehr knapp eingeschätzt. Deshalb muss an ihrer Auswertung auch nach dem Frühjahr 2022 intensiv weitergearbeitet werden bis zu den Europawahlen 2024. Unter Einbeziehung von Wortmeldungen der etwa 35 Teilnehmer des Meetings sahen es alle Beteiligten als bedeutsam an, die Rolle der EUD im Zukunftsdialog zu verstärken. Man müsse mehr andere Organisationen einbeziehen, die bei hohen Mitgliederzahlen als Multiplikator in der Diskussion wirken könnten. Das gleiche gilt für die Beteiligung der Abgeordneten auf allen Ebenen. Bei der Entwicklung neuer Veranstaltungs- und Diskussionsformate braucht man mehr Vielfaltigkeit und Kreativität. Inhaltlich wird eine besondere Konzentration auf sozialpolitische Entwicklungen in der EU notwendig sein, man darf sich nicht nur auf institutionelle Reformschritte konzentrieren. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die Ergebnisse unserer Gespräche mit Bürgerinnen und Bürger auch in die digitale Plattform der Konferenz eingebracht werden, wie wir überhaupt für die individuelle Nutzung der Plattform der Zukunftskonferenz stärker werben müssen. Auch der EUD-LV MV sollte sich konkreter mit diesen Fragen befassen, lange vor der Landesversammlung im Herbst dieses Jahres.